

zu TOP .....



Mainz, 21.05.2020

## **Anfrage 0909/2020 zur Sitzung am 03.06.2020**

### **Videokonferenzen (PIRATEN & VOLT)**

Um in Krisenzeiten, wie der COVID-19-Pandemie, verantwortungsvolle Kommunalpolitik betreiben zu können ist es unabdingbar, dass die Landeshauptstadt Mainz ihre Handlungsfähigkeit aufrechterhält. Mitglieder des Stadtrates und der Ausschüsse können, sofern Sitzungen nur in halber Besetzung oder gar nicht stattfinden, ihrer Verantwortung gegenüber Bürger\*innen nicht in vollem Maße gerecht werden. Da auch zukünftige Sitzungen im Sinne physischen Abstands stattfinden werden ist eine Anpassung der gesetzlichen und technischen Grundlagen zur Aufrechterhaltung funktionierender Mainzer Kommunalpolitik unerlässlich.

Wir fragen an:

- 1) Bestehen seitens der Landeshauptstadt Mainz, im Falle einer Annahme des Gesetzentwurfs im Landtag Rheinland Pfalz Drs. 17/11761 zur “Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften” Bestrebungen, von dem Recht Gebrauch zu machen, zukünftige Stadtrats- und Ausschusssitzungen als Videokonferenzen durchzuführen?
- 2) Verfügt die Landeshauptstadt Mainz derzeit über die technischen Voraussetzungen, jene Videokonferenzen aus Punkt 1 im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips auch für Bürger\*innen, in Form eines Streams oder einer Übertragung in eine öffentliche Einrichtung zugänglich zu machen?
- 3) Bestehen seitens der Landeshauptstadt Mainz Bestrebungen, über die Zeit der COVID-19-Pandemie hinaus, Stadtrats- und Ausschusssitzungen Mainzer Bürger\*innen digital zugänglich zu machen?

- 4) Mit welchen Kosten ist die Einrichtung der in Punkten 1 bis 3 geschilderten Maßnahmen verbunden?

Conrad, Maurice